



## Möglichkeiten für Schülerinnen und Schüler mit einer Beeinträchtigung in den staatlichen Oberschulen

Kinder und Jugendliche mit einer Beeinträchtigung haben das Recht und die Pflicht auf Bildung bis zum 18. Lebensjahr. Das Recht auf Bildung ist auf Staats- und Landesebene über gesetzliche Bestimmungen geregelt und gilt für Schulen „jeder Art und Stufe“. Ausschlaggebend für die Inanspruchnahme der damit verbundenen Maßnahmen an den einzelnen Schulen, ist eine **Diagnose**, die von den Eltern in der Schule abgegeben wird. Sie wird vom Südtiroler Sanitätsbetrieb erstellt.

### Kinder und Jugendliche mit Anrecht auf Maßnahmen laut Gesetz Nr. 170/1992

Schülerinnen und Schüler mit einem **Klinischen Befund** (nach Gesetz Nr. 170/2010, Richtlinien des Unterrichtsministers vom 27.12.2012 und Ministerialrundschreiben vom 6. März 2013, Nr. 8) haben das Anrecht auf eine **zielgleiche Förderung**. Das bedeutet, dass sie mit Hilfe von Kompensations- und Befreiungsmaßnahmen die jeweilige Oberschule regulär abschließen können. Dazu erstellt der Klassenrat einen Individuellen Bildungsplan (IBP), in dem die Kompensations- und Befreiungsmaßnahmen im Sinne der zielgleichen Förderung vereinbart werden. Diese Maßnahmen werden auch bei der Abschlussprüfung gewährleistet.

### Kinder und Jugendliche mit Anrecht auf Maßnahmen laut Gesetz Nr. 104/2010

Für Schülerinnen und Schüler mit einer weitreichenden Beeinträchtigung und **einer Funktionsdiagnose** (nach Gesetz 104/1992) sind die Vorgehensweisen in einem Programmabkommen zwischen Kindergärten, Schulen und territorialen Diensten definiert.

Beim Übertritt in die nächste Bildungsstufe erstellt die Mittelschule in Kooperation mit den Eltern und den territorialen Diensten ein Funktionelles Entwicklungsprofil (FEP). Im Rahmen eines Übertrittsgesprächs werden die Maßnahmen, die für einen guten weiteren Bildungsverlauf sowie für die Lebensplanung notwendig sind, besprochen.



Im FEP sind die Kompetenzen, die die Schülerinnen und Schüler in der Mittelschule erworben haben, sowie die Lern- und Entwicklungsmöglichkeiten angegeben. Damit erhalten die Lehrpersonen der weiterführenden Schule einen ersten Einblick über die Bedürfnisse des Schülers/der Schülerin. Es ist deshalb wichtig, dass die Eltern dieses Dokument bei der Einschreibung abgeben.

Je nach Beeinträchtigung und nach den individuellen Möglichkeiten können diese Schülerinnen und Schüler in der Oberstufe sowohl **zieltgleich** mit Kompensations- und Befreiungsmaßnahmen (die in den gesetzlichen Grundlagen vorgesehen sind) als auch **zieltifferent** gefördert und begleitet werden.

Erreichen sie am Ende der Bildungsstufe die Mindestkompetenzen, die von der jeweiligen Schule bestimmt werden, können sie bei **zieltgleicher Förderung**, die im Individuellen Bildungsplan (IBP) definiert ist, einen **regulären Abschluss** erwerben.

Ist dies aufgrund der Beeinträchtigung nicht möglich, kann der Klassenrat im Sinne der Lebensplanung über den Individuellen Bildungsplan (IBP) spezifische Maßnahmen für eine **zieltdifferente Förderung** definieren. Am Ende der Bildungsstufe erhalten die betroffenen Schülerinnen und Schüler eine **Bescheinigung über das Bildungsguthaben**. Dort sind die erworbenen Kompetenzen beschrieben.

Weiterführende Informationen finden sich unter:

<http://www.provinz.bz.it/bildung-sprache/didaktik-beratung/inklusion.asp>

Informationen von Renate Heissl-Deporta,  
Beraterin für Integration und Inklusion im Bezirk Eisacktal/Wipptal